

Info „Übergänge im Jugendalter“

Ulrike Richter / Frank Braun

Toolbox Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Beruf

Für junge Menschen ohne Ausbildung ist die Integration ins Arbeitsleben schwierig. Gleichwohl verlassen rd. 15 % eines Altersjahrgangs das Bildungs- und Ausbildungssystem, ohne eine Berufsausbildung abzuschließen. Kommunale Koordinierung will durch eine bessere Kooperation und Abstimmung zwischen den Akteuren und Institutionen im Übergang Schule – Beruf das Entstehen von Ausbildungslosigkeit verhindern. Die Toolbox ist eine Arbeitshilfe für den Aufbau einer kommunalen Koordinierung. Als Tools bezeichnen wir Dokumente, die dafür praktische Unterstützung bieten. Die in die Toolbox aufgenommenen Texte stellen eine Auswahl dar. Vollständigkeit ist nicht beabsichtigt!

Dieser Newsletter beschreibt den Aufbau und die Inhalte der Toolbox.

Die Toolbox Kommunale Koordinierung ist unter der folgenden Adresse zugänglich:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1155>

*Wenn Sie Hinweise auf Tools haben, die in die **Toolbox** aufgenommen werden sollten, bitten wir Sie um eine Nachricht an Ulrike Richter urichter@dji.de. Bitte bedenken Sie, dass in die **Toolbox** nur eine Auswahl von Tools aufgenommen werden kann.*

Die **Toolbox** enthält Tools für eine bessere kommunale Koordinierung im Übergangssystem Schule – Beruf. Abweichend von der Definition der Nationalen Bildungsberichte behandelt die **Toolbox** als Übergangssystem die Gesamtheit der Institutionen, Bildungsgänge und Angebote, die Übergänge von der Schule in Ausbildung vorbereiten, unterstützen, begleiten oder umsetzen:

- Zum Übergangssystem gehören die Vorbereitung auf die Übergänge in Ausbildung in Schulen und die Institutionen und Angebote, die Schulen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen: Berufsberatung, Berufseinstiegsbegleitung, Betriebspraktika, Angebote der Jugendhilfe usw.
- Zum Übergangssystem gehören Institutionen und Angebote, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten (z.B. BvB-Maßnahmen, schulische Berufsvorbereitungsjahre, Einstiegsqualifizierung), die eine Ausbildung durchführen (Ausbildungsbetriebe, berufliche Schulen, außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen) oder eine Ausbildung unterstützen (z.B. Ausbildungsassistenz, ausbildungsbegleitende Hilfen).

- Akteure des Übergangssystems sind: Schulverwaltung und Schulaufsicht, kommunale Ämter oder Dezernate (Jugend, Bildung, Arbeitsförderung), Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung, Kammern, Gewerkschaften, Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte.

In einem ersten Abschnitt weist die **Toolbox** Dokumente aus, die einen Überblick über das Thema kommunale Koordinierung geben. Die weiteren fünf Abschnitte der **Toolbox** folgen den fünf Aufgabenfeldern, die beim Aufbau einer kommunalen Koordinierung bearbeitet werden müssen. Diese Aufgabenfelder sind:

- Der Aufbau von Strukturen und Verfahren der kommunalen Koordinierung,
- die Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen,
- die Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur,
- die Verbesserung der Angebotsstruktur des Übergangssystems in der Sekundarstufe I,
- die Verbesserung der Angebotsstruktur des Übergangssystems in der Sekundarstufe II.

Zu jedem Aufgabenfeld gibt es in der **Toolbox** eine kurze Einführung. Ergänzende Informationen zu den einzelnen Tools geben Hinweise zu deren Einsatzmöglichkeiten und deren Leistungsfähigkeit.

Unterschieden werden in der **Toolbox** drei Arten von Tools:

- Handreichungen und Standards
- Instrumente
- Beispiele guter Praxis

Soweit möglich, wird in der **Toolbox** per Link ein direkter Zugang zu den Tools hergestellt (Download (DL)).

Wo dies nicht möglich ist (z.B. bei Verlagspublikationen), werden Zugangswege benannt.

1. Handbücher und Überblickstexte

Der erste Abschnitt der **Toolbox** umfasst Handbücher und Überblickstexte zum Thema kommunale Koordinierung. Diese Texte sind entweder im Auftrag von Stiftungen, im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Bundesprogrammen (insbesondere: *Lernende Regionen*, *BMBF-Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement*, *Lernen vor Ort*), von Landesprogrammen und im Rahmen der Arbeiten der *Weinheimer Initiative* entstanden.

Tools: Handbücher und Überblickstexte

- Leitfaden lokales Übergangsmanagement (Bertelsmann Stiftung: Bestellformular)
- Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren (DJI: DL)
- Handlungsempfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung (DJI: DL)
- Lebenslanges Lernen in Regionalen Netzwerken verwirklichen. Abschließende Ergebnisse zum Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ (Lernende Regionen: Bestellformular)
- Evaluierung der landesweiten Strategie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“ (Olov: DL)
- Prof. Ingo Richter: Kommunale Koordinierung des Übergangs in die Berufsausbildung als kommunale Aufgabe im „Regelbetrieb“ (Vortragsmanuskript: DL)
- Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.): Lokale Bildungsverantwortung: Kommunale Koordinierung beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Stuttgart: Kohlhammer Verlag 2012
- Wilfried Kruse und Expertengruppe: Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Stuttgart: Kohlhammer Verlag 2010

2. Strukturen und Verfahren der kommunalen Koordinierung

Gegenstand des zweiten Abschnitts der **Toolbox** sind die Strukturen und Verfahren, die benötigt werden, um kommunale Koordinierung einzurichten und wirksam werden zu lassen. In einem ersten Schritt ist zu entscheiden, wie die Aufgabe in der Kommune politisch verankert und wo sie in der Verwaltung angebunden werden soll. Die Koordinierung des Übergangs ist eine Querschnittsaufgabe, die unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche der Kommunalverwaltung berührt. Um dem Rechnung zu tragen und um zu signalisieren, dass kommunale Koordinierung Chefsache ist, sollte die Aufgabe bei der Verwaltungsspitze oder bei der Spitze eines kommunalen Dezernats oder Amtes angesiedelt werden.

Zu bewältigende Aufgaben beim Aufbau von Strukturen und Verfahren der kommunalen Koordinierung sind:

- Der Aufbau eines **Koordinationsteams** als Arbeitsebene,
- die Einrichtung von **Gremien**, in denen die Akteure des Übergangssystems ihr Handeln abstimmen, als Entscheidungsebene
- und die Ausgestaltung der Kooperation mit der **Landesebene**.

Kommunale Koordinierung stellt hohe Anforderungen an die Qualifikationen und Erfahrungen der Personen, die in einem **Koordinationssteam** Koordinationsaufgaben wahrnehmen: Erfahrungen im Umgang mit kommunaler Politik und Verwaltung, mit Kammern und Arbeitsagenturen, mit Schulaufsicht und -verwaltung, mit der Landesebene.

Auch werden sozialwissenschaftliche bzw. statistische Qualifikationen benötigt, um Datengrundlagen für die kommunale Koordinierung des Übergangs schaffen und bewerten zu können.

Das **Koordinationsgremium** ist der Ort, an dem die Akteure des Übergangssystems ihr Handeln abstimmen. Dort sollten folgende Institutionen durch Personen mit Leitungsverantwortung vertreten sein: Schulverwaltung und Schulaufsicht, zuständige kommunale Ämter oder Dezernate (Jugend, Bildung, Arbeitsförderung), Arbeitsagentur, Träger der Grundsicherung, Kammern, Gewerkschaften, Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte. Diese Akteure des Übergangssystems sind unterschiedlichen Rechtskreisen zugehörig (Schulgesetze der Länder,

Sozialgesetzbücher II, III und VIII, Berufsbildungsgesetz usw.). Darum ist gemeinsames Handeln nur per Konsens über Ziele und Wege möglich. Die Mitglieder des Koordinationsgremiums sollten diesen Konsens in Form einer Kooperationsvereinbarung festhalten.

Bei aller Vielfalt von Zuständigkeiten im Übergangssystem ist der Übergang Schule – Berufsausbildung ein Bildungsthema. Darum ist die kommunale Koordinierung auf eine gute **Zusammenarbeit mit der Landesebene** angewiesen. Die Rahmenbedingungen für eine solche Zusammenarbeit haben sich in den letzten Jahren verbessert, weil eine wachsende Zahl von Bundesländern regionale Koordination als wichtigen Baustein für Verbesserungen im Übergangssystem anerkennt.

Tools:

Strukturen und Verfahren der kommunalen Koordinierung

- Aufbau von Arbeitsstrukturen und -verfahren für das regionale Übergangsmanagement (DJI: DL)
- Werkstattbericht Kommunales Bildungsmanagement (Lernen vor Ort: DL)

Koordinationssteam

- Profil der Übergangsmanagerinnen und -manager im Rahmen eines ganzheitlichen Bildungsmanagements (Lernen vor Ort: DL)

Gremien

- Werkstattbericht Bildungsübergänge koordinieren (Lernen vor Ort: DL)
- Die Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt gemeinsam gestalten – der Beirat Regionales Übergangsmanagement. S. 8-13 (Bildungsbüro Dortmund: DL)
- Kooperationsvereinbarung Übergang Schule – Beruf (RÜM Göttingen: DL)
- Kooperationsvereinbarung Übergang Schule – Beruf (RÜM Offenbach: DL)
- Leitbild Regionales Bildungsnetzwerk Kreis Düren (RÜM Düren: DL)
- Geschäftsordnung für den Lenkungskreis des Regionalen Übergangsmanagements Kreis Düren (RÜM Düren: DL)

Kooperation mit der Landesebene

- Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen mit Landkreisen (NRW: DL)
- Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen mit kreisfreien Städten (NRW: DL)
- Impulsprogramm Bildungsregionen (Baden-Württemberg: DL)
- Entwicklungspartnerschaft zwischen Land, Städten, Landkreisen und Bundesagentur für Arbeit und Kommune (Schleswig-Holstein: DL)
- Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur (Hamburg: DL)

3. Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen

Der dritte Abschnitt der **Toolbox** behandelt, wie für kommunale Koordinierung Datengrundlagen zum regionalen Übergangsgeschehen geschaffen werden können. Bundes- oder auch Länderdaten lassen sich nicht einfach auf kreisfreie Städte und Landkreise herunterrechnen.

Abhängig von der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur und der Ausgestaltung des Übergangssystems unterscheiden sich Regionen in den Wegen, die Jugendliche von der Schule in die Ausbildung einschlagen und dem daraus abzuleitenden Handlungsbedarf. Kommunale Koordinierung braucht darum Informationen zum regionalen Übergangsgeschehen.

Zur Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen können folgende Verfahren eingesetzt werden:

- In **kommunalen Berufsbildungsberichten** werden vorhandene statistische Daten zusammengestellt und aufeinander bezogen.
- In **Schülerbefragungen** werden Informationen zu den Wegen Jugendlicher durch das Übergangssystem bei diesen selbst erhoben.
- **Prozessdaten** liefern Informationen über die Bildungsvoraussetzungen, -pläne und -wege von Jugendlichen.

Für **kommunale Berufsbildungsberichte** wird ein fester Bestand an Informationen wiederholt erhoben (Kernbericht). Zusatzerhebungen zu wechselnden Themen, die den Kernbericht ergänzen, richten den Fokus auf spezifische Problembereiche und Fragestellungen. Kommunale Berufsbildungsberichte bilden das Übergangsgeschehen über die Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen Akteure und Institutionen des Übergangssystems hinweg ab.

Das setzt einen akteursübergreifenden Konsens über Ziele, Inhalte und Verfahren der Berichterstattung voraus.

Schülerbefragungen können die periodische Berichterstattung kommunaler Berufsbildungsberichte ergänzen. Je nach Anlage liefern sie Planungsdaten aber auch Basisinformationen zum Übergangsgeschehen. Schülerbefragungen werden in der Regel in den Schulen selbst durchgeführt. Darum müssen die Schulen für eine aktive Mitarbeit gewonnen werden.

Prozessdaten werden durch den Einsatz elektronischer Systeme bei der Anmeldung Jugendlicher in den beruflichen Schulen oder bei der Dokumentation der Betreuung und Begleitung Jugendlicher auf ihren Wegen durch das Übergangssystem gewonnen. Der Nutzen von Prozessdaten ist abhängig von der Genauigkeit und Vollständigkeit der erfassten Informationen. Eine gute Qualität wird erreicht, wenn für die Anwender Aufwand und Ertrag in einem guten Verhältnis stehen. Wichtig sind eine gute Handhabbarkeit und eine Beschränkung auf wesentliche Informationen.

Tools: Herstellung von Transparenz im Übergangsgeschehen

Kommunale Berufsbildungsberichte

- Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings (Statistisches Bundesamt: DL)
- Handreichung: Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht? (Lernen vor Ort: DL)
- Integrierte Ausbildungsberichterstattung (BIBB: DL)
- Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Methodischer Leitfaden für 2011 (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung: DL)
- IT-Instrumentarium für das Bildungsmonitoring (Lernen vor Ort: DL)
- Kommunale Berufsbildungsberichte – Das „Duisburger Modell“ (DJI: DL)
- Zweiter Dortmunder Berufsintegrationsbericht 2011 (Dortmunder Bildungsbüro: DL)
- Sozialagentur Mülheim an der Ruhr: U25-Übergangsreport 2010 (Sozialagentur Mülheim/Ruhr: DL)

Schülerbefragungen

- Design des DJI-Übergangspanels (DJI: DL)
- Inhaltliche und organisatorische Gestaltung von Schülerbefragungen (DJI: DL)
- Werkstattbericht Schulabsolventenbefragung (Lernen vor Ort: DL)
- DJI-Musterfragebogen Schülerbefragung (DJI: DL)
- Die lokalen Schulabsolventen-Längsschnitte des DJI (DJI: DL)
- Schülerbefragung Längsschnittstudie Göttingen (RÜM Göttingen: DL)
- Die Kölner Schulabgängerbefragung (DJI: DL)

Prozessdaten

- IT-gestütztes Dokumentationssystem (DJI: DL)
- Erfahrungsbericht Schüler-Online (DJI: DL)
- SchülerOnline (Link zum Online-Portal)
- Software für das Hamburger Hauptschulmodell - SYNJOB (Link zum Anbieter)
- mpuls WASKA für Kompetenzagenturen (Jugend Stärken: DL)
- mpuls WASKO für „Die 2. Chance – Schulverweigerung“ (Jugend Stärken: DL)
- Einsatz von „Synjob“ im Berliner Netzwerk für Ausbildung (DJI: DL)
- Erfahrungsbericht WASKA und WASKO (Jugend Stärken: DL)

4. Transparenz in der Angebotsstruktur

Der vierte Abschnitt der **Toolbox** behandelt Verfahren zur Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur des regionalen Übergangssystems. Diese Transparenz ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass das Angebot an Bildung, Qualifizierung, Unterstützung, Betreuung und Begleitung quantitativ und qualitativ dem Bedarf angepasst werden kann.

Für qualitative Verbesserungen der Angebotsstruktur schaffen vergleichende Evaluationen von Angeboten und Maßnahmen wichtige Grundlagen. Allerdings trifft die Durchführung solcher Evaluationen in der Praxis auf methodische und „politische“ Hürden.

Darum sind für die Herstellung von Transparenz in der Angebotsstruktur eher pragmatische Lösungsansätze entwickelt worden:

- Überblicke über die Angebotslandschaft wurden als Web-basierte **Angebots-Datenbanken** aufgebaut.
- Auf dieser Grundlage wurden in einem weiteren Schritt **Wegweiser durch das Übergangssystem** für Fachkräfte mit Beratungs- und Begleitaufgaben entwickelt.
- Mit dem Ziel einer Verbesserung der Angebotsstruktur wurden **kritische Bestandsaufnahmen** durchgeführt.
- Auf dieser Grundlage wurden Verfahren zur **Entwicklung von Qualitätsstandards** umgesetzt.

Angebots-Datenbanken geben einen Überblick über die Institutionen und Angebote des Übergangssystems: Informationen zu Zielsetzungen, Zielgruppen, zu Abschlüssen und Berechtigungen, die erworben werden können, zu eingesetzten Verfahren der Förderung, zu den Qualifikationen des Fachpersonals, zu Lernorten und Kapazitäten.

Die Unübersichtlichkeit vieler regionaler Übergangssysteme stellt ein gravierendes Hindernis für die Unterstützung von Jugendlichen und deren Eltern durch Fachkräfte mit Begleit- und Beratungsaufgaben dar.

Wegweiser durch das Übergangssystem stoßen daher bei Schulen, Berufsberatung und Jugendberatungsstellen auf großes Interesse.

Für **kritische Bestandsaufnahmen** mit dem Anspruch, durch eine Analyse der regionalen Angebotsstruktur Grundlagen für deren Verbesserung zu schaffen, braucht es unter den Akteuren des Übergangssystems ein hohes Maß an Vertrauen. Gleichzeitig sind solche Bestandsaufnahmen eine Voraussetzung dafür, dass Struktur- und Qualitätsprobleme im Übergangssystem erkannt und bearbeitet werden können.

Die **Entwicklung von Qualitätsstandards** hat zum Ziel, Mindestanforderungen für Angebote des Übergangssystems zu formulieren und diese über Absprachen verbindlich zu machen. Die Einführung von akteursübergreifend verbindlichen oder zumindest anerkannten Standards für Angebote des Übergangssystems kann in zwei Schritten erfolgen:

- In einem ersten Schritt werden Standards auf der „Fachebene“ (z.B. in Arbeitskreisen von Praktikerinnen und Praktikern) entwickelt.
- In einem zweiten Schritt wird auf eine Übernahme der Ergebnisse durch Gremien der Leitungsebene hingearbeitet.

Tools:

Transparenz in der Angebotsstruktur

- Handlungsempfehlungen zur Herstellung von Transparenz (DJI: DL)
- Dokumentation des Entwicklungsworkshops „Angebotstransparenz schaffen – Was folgt nach den Analysen?“ (DJI: DL)

Angebotsdatenbanken

- Datenbank der Angebote in Nürnberg (RÜM Nürnberg: Link)
- Datenbank der Angebote in Kiel (RÜM Kiel: Link)
- Datenbank der Angebote im Salzlandkreis (RÜM Salzlandkreis: Link)

Wegweiser durch das Übergangssystem

- Wege ins Berufsleben, Angebote und Maßnahmen für junge Menschen in Offenbach am Main (RÜM Offenbach: DL)
- Leitsystem Bildungs- und Qualifizierungswege nach der allgemeinbildenden Schule (RÜM Berlin: DL)
- Bildungs- und Qualifizierungswege in Kiel (RÜM Kiel: DL)
- Berufsintegrative Hilfen für Mittelschüler/innen (RÜM Fürth: DL)
- Berufsintegrative Hilfen für Schulabgänger/innen (RÜM Fürth: DL)
- Berufswegeplan (RÜM Vorpommern-Rügen: DL)
- Leitfaden zur Berufsfindung (RÜM Salzlandkreis: DL)
- Verzeichnis der Stellen und Praktika im Salzlandkreis (RÜM Salzlandkreis: DL)

Kritische Bestandsaufnahmen

- Stärken-Schwächen-Analyse über die schulische Berufsausbildungsvorbereitung im Kreis Herford (RÜM Herford: DL)
- Empfehlungen zur Durchführung von Bestandsaufnahmen (RÜM Berlin: DL)

Entwicklung von Qualitätsstandards

- Standards für die Berufsorientierung (RÜM Berlin: DL)
- Standards zur Berufswegebegleitung (RÜM Berlin: DL)
- Qualitätsrahmen Praktikum – Weinheim (RÜM Weinheim: DL)

Verbesserung der Angebotsstruktur des Übergangssystems in der Sekundarstufe I

Wenn der spezifische Handlungsbedarf in der Region geklärt ist, geht es darum, Schlüsse für eine Verbesserung der Angebotsstruktur zu ziehen und Verbesserungen schrittweise umzusetzen.

Aus der Vielfalt möglicher Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe I werden hier drei Ansätze behandelt:

- Ein erster Ansatz ist die **organisatorische und räumliche Bündelung der Beratungs- und Vermittlungsleistungen** der Arbeitsagenturen, der Träger der Grundsicherung und der Jugendhilfe („unter einem Dach“).
- Ein zweiter Ansatz ist die **Verbesserung der Abstimmung von Angeboten der Berufsorientierung und der Berufswegebegleitung**, die in einer großen Zahl von Programmen und Initiativen in den Regionen zur Umsetzung anstehen.
- Ein dritter Ansatzpunkt ist, in Schulen (aber auch in anderen Bildungsangeboten) die **Beteiligung von Eltern**

am Gelingen der Übergänge ihrer Kinder zu stärken.

Beratungs- und Vermittlungsleistungen nach den Sozialgesetzen II, III und VIII

werden räumlich und organisatorisch gebündelt, weil eine Beratung und Vermittlung von Jugendlichen differenziert nach Rechtskreisen, denen die Jugendlichen zugehören, den Bedürfnissen der Jugendlichen nicht gerecht wird. Jugendliche gehen auf dem Weg zwischen den verschiedenen Beratungsinstanzen verloren, und deren Ratschläge und Interventionen sind vielfach nicht konsistent.

Ein Schritt zu einer konsistenten Beratung und Vermittlung ist, Berufsberater/innen der Arbeitsagentur, Fallmanager/innen bei Trägern der Grundsicherung und Beratungsfachkräfte der Jugendhilfe organisatorisch und/oder räumlich unter einem Dach zusammen zu bringen.

Die in diese Richtung zielende Initiative der Bundesagentur für Arbeit „Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf“ hat ihre Pilotphase abgeschlossen und wird über die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit jetzt bundesweit verbreitet.

Die **Verbesserung der Abstimmung von Angeboten der Berufsorientierung und der Berufswegebegleitung** hat zum Ziel, die Vielfalt von Programmen und Initiativen für den Aufbau konsistenter Strukturen zu nutzen. Kommunale Koordinierung sollte beteiligt werden:

- an der Auswahl der Schulen, an denen diese Programme und Projekte angesiedelt werden,
- an der Auswahl der Anbieter, die mit der Umsetzung dieser Programme und Projekte beauftragt werden,
- an der Festlegung von Qualitätsstandards, die bei der Umsetzung der Programme und Projekte einzuhalten sind, an der Konzipierung und Umsetzung von Programmen zur Qualifizierung der eingesetzten Fachkräfte,
- an der Implementierung einer vergleichenden Evaluation, mit der die Wirksamkeit von in ihren Zielen

vergleichbaren Programmen und Projekten überprüft wird.

Die Schulen der Sekundarstufe I tragen eine zentrale Verantwortung für die Vorbereitung auf die Übergänge ihrer Schüler/innen. Die Schulen verfügen über die für die Erfüllung dieser Aufgabe notwendige institutionelle Stabilität.

Vor dem Hintergrund von Forschungsergebnissen, die die Bedeutung der **Beteiligung der Eltern** für das Gelingen von Abschlüssen und Anschlüssen am Ende der Sekundarstufe I betonen, ist in einer Vielzahl von Initiativen die Verbesserung der Elternbeteiligung – insbesondere auch aus Familien mit Migrationshintergrund – in den Fokus der Aufmerksamkeit gelangt. Bei der Beteiligung der Eltern ist zu beachten, dass deren Möglichkeiten realistisch eingeschätzt werden muss und Verantwortung nicht auf die Eltern abgeschoben werden darf.

Tools: Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe I

Organisatorische und räumliche Bündelung der Beratungs- und Vermittlungsleistungen

- Handreichung Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf. Sozialleistungsträger kooperieren – junge Menschen profitieren (Bundesagentur für Arbeit: Link)
- Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur (Hamburger Bürgerschaft: Link)

Verbesserung der Abstimmung von Angeboten der Berufsorientierung

- Berufsorientierung – Programme und Projekte von Bund und Ländern, Kommunen und Stiftungen im Überblick (DJI/Inbas: DL)
- Hamburger Programm zur Berufsorientierung und Berufswegeplanung (Hamburg, Senat: DL)
- Leitlinien zur Berufswahlvorbereitung an den allgemeinbildenden Schulen (Sachsen-Anhalt, Kultusministerium: DL)
- Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt (Schleswig-Holstein, Landesregierung: DL)
- Leitlinien zur Berufsorientierung (NRW Landesregierung: DL)
- Qualitätskriterien zur Berufs- und Studienorientierung (Sachsen, Landesregierung: DL)
- Qualitätsstandards des Landesprogramms Olov (Hessen, Landesregierung: DL)
- Gelungene Berufsorientierung an Schulen der Sekundarstufe I (Bundesagentur für Arbeit, SCHULEWIRTSCHAFT: DL)
- Berufsorientierung. Ausgangslage, Qualitätsstandards, Wege der Implementierung (RÜM Berlin: DL)
- Berufswegebegleitung. Transparenz der Angebote und entwickelte Instrumente (RÜM Berlin: DL)

Beteiligung der Eltern

- Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule – Berufsausbildung: Grundsätze und Ansätze interkultureller Schulentwicklung (DJI: DL)
- Praxisleitfaden Starke Eltern – Starke Jugend (BAG EJSA: DL)
- Praxishandbuch ELTERNKOMPASS (DVV: DL)
- Mein Kind auf dem Weg in den Beruf, (RÜM Gütersloh: DL)
- DER GRÜNE FADEN- eine Anleitung zum Organisieren von Elternabenden in Bildungseinrichtungen (RÜM Fürth: DL)
- Eltern und Berufsorientierung (Regionalverband Saarbrücken: DL)
- Informationen zur Berufswahlbegleitung für Eltern (Landkreis Rostock: DL)
- Ergebnisbericht "Eltern und Berufsorientierung" (RÜM Leipzig: DL)
- Eltern-Kompass (RÜM Göttingen: DL)
- Fortbildungsreihe Berufsbezogene Elternarbeit (RÜM Marburg: DL)

Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe II

Der letzte Abschnitt der Toolbox betrifft Tools zu einer besseren Anpassung des Angebots von Bildungsgängen der Sekundarstufe II an die Nachfrage. Dabei sind folgende Typen von Bildungsgängen zu unterscheiden:

- **Bildungsgänge zum Erwerb der Ausbildungsreife**
- **Reguläre Ausbildungsgänge mit anerkanntem Abschluss**
- **Bildungsgänge an beruflichen Schulen zum Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse**

Bildungsgänge zum Erwerb der Ausbildungsreife sind Förderangebote für Jugendliche mit hohem Förderbedarf und werden berufsschulisch, als BvB-Maßnahmen oder in „Produktionsschulen“ durchgeführt. Sie haben in der Regel eine Dauer von einem Jahr, wobei die Förderung verlängert werden kann, wenn ein entsprechender individueller Bedarf festgestellt wird. In diesen Bildungsgängen kann der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Lernorte für Praxiserfahrungen sind Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen. Die erfolgreiche Teilnahme an diesen Bildungsgängen sollte mit der Garantie einer anschließenden Übernahme in eine reguläre Ausbildung verbunden werden.

Reguläre Ausbildungsgänge mit anerkanntem Abschluss führen zu Abschlüssen nach Berufsbildungsgesetz bzw. Landesrecht. Zielgruppe sind ausbildungsreife Jugendliche und Jugendliche mit punktuellm Förderbedarf. Die Ausbildung kann in Betrieben, beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen absolviert werden. Ist die Ausbildung nicht betrieblich, so werden praktische Ausbildungsanteile in Betrieben oder in betriebsähnlichen Einrichtungen durchgeführt.

Die Dauer der Ausbildung richtet sich nach den Ausbildungsordnungen bzw. den Landesregelungen und wird bei Bedarf individuell verlängert.

Zielgruppen von **berufsschulischen Bildungsgängen zum Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse** sind Jugendliche, die nach dem Besuch einer Haupt- oder Förder- oder Realschule weitere allgemeinbildende Abschlüsse erwerben wollen. Die Besonderheit dieser Bildungsgänge liegt darin, dass das Lernen von beruflichen Inhalten für die Aneignung von allgemeinbildenden Inhalten genutzt wird. In diesen Bildungsgängen kann auch der Erwerb eines allgemeinbildenden Abschlusses mit dem eines anerkannten Ausbildungsabschlusses verbunden werden.

Eine Art Blaupause für eine Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe II liefert die von der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit Ländern und der Bundesagentur für Arbeit gestartete Initiative *Übergänge mit System*. Teils im Anschluss an diese Initiative, teils bereits in deren Vorlauf haben mehrere Bundesländer mit der Umgestaltung der Sekundarstufe II begonnen.

Sowohl bei der Initiative der Bertelsmann Stiftung als auch in den Konzepten einiger Länder ist eine Fortführung der Bildungsgänge zum Erwerb mittlerer Bildungsabschlüsse an beruflichen Schulen nicht vorgesehen. Demgegenüber sehen Handlungsempfehlungen des DJI zur „Systematisierung der Angebotsstruktur nach der ersten Schwelle“ eine Fortführung aller oben genannten Typen von Bildungsgängen vor.

Tools: Verbesserung der Angebotsstruktur in der Sekundarstufe II

- Übergänge mit System (Bertelsmann Stiftung: Leseprobe, [Link](#))
- Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: [Link](#))
- Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW (NRW, Kultusministerium: DL)
- Systematisierung der Angebotsstruktur nach der ersten Schwelle (DJI: DL)